

PIOTR GONTARCZYK

## IM DIENSTE STALINS?

### DER KOMMUNISTISCHE UNTERGRUND IN POLEN

Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf die Rolle der kommunistischen Untergrundbewegung in Polen im Zweiten Weltkrieg. Daher gilt es zunächst einige Schlüsselprobleme der Geschichte der kommunistischen Bewegung sowie die Genese der Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR) und ihrer Kampfverbände sowie deren Hauptziele und Handlungsmethoden näher zu beleuchten. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Verhältnis des kommunistischen Widerstandes zum unabhängigen polnischen Staat und denjenigen, die für diese Unabhängigkeit kämpften.

#### 1. Die Haltung der Kommunisten gegenüber Polen

Die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit Polens nach dem Ersten Weltkrieg stieß innerhalb der „internationalen Arbeiterbewegung“ weder auf Verständnis noch Akzeptanz. Die große Welle patriotischer Gefühle, die zum eigentlichen Impetus bei der Schaffung einer neuen Ordnung in dieser Region Europas wurde, verlief gegen den Strom der kommunistischen Geschichtsauffassung. Folglich stand die Mitte Dezember 1918 entstandene Kommunistische Arbeiterpartei Polens (*Komunistyczna Partia Robotnicza Polski*, KPRP, ab 1925 Kommunistische Partei Polens (*Komunistyczna Partia Polski*, KPP) von Anfang an in Fundamentalopposition zur Zweiten Polnischen Republik und unterstützte die Rote Armee im polnisch-sowjetrussischen Krieg mit allen nur erdenklichen Mitteln. Als die Bolschewiki im Juli 1920 an den Toren Warschaus standen, rief die KPRP die Bürger der Stadt offen zur Revolution auf:

„Die Sache der Arbeiter ist in Gefahr. Wenn es uns nicht gelingen sollte, die Herrschaft der besitzenden Klassen [...] im Augenblick der Schwäche der bürgerlichen Regierung zu stürzen, machen wir es der Bourgeoisie leichter, uns

an die Ketten einer schrecklichen Klassenknechtschaft zu legen. Auf in den Kampf, Genossen!“<sup>1</sup>

Nach Kriegsende führten die Kommunisten in Polen, abgesehen von den bisherigen politischen Aktivitäten im Untergrund, regelmäßige Sabotage- und Terroraktionen durch. Ziel der Angriffe waren vor allem Militärobjekte, staatliche Behörden und Eisenbahnen. Darüber hinaus schreckte man auch vor der Ermordung von Soldaten, Polizisten, Gutsbesitzern und Universitätsprofessoren nicht zurück. In den polnischen Ostgebieten wurde die bewaffnete Irredentabewegung immer wieder neu belebt. Dabei benutzte man einerseits Lösungen des proletarischen Internationalismus, aber darüber hinaus insbesondere an Weißrussen und Ukrainer gerichtete nationalistische Parolen in der Hoffnung, den polnischen Staat dadurch zu zerstören, dass man das „Nationalitätenknäuel aus allen Nähten platzen“ ließ. Im Kern zielten die Aktivitäten der KPP und ihrer territorialen Gliederungen<sup>2</sup> darauf ab, die Zweite Polnische Republik durch die Anbindung der Ostgebiete an Sowjetrussland beziehungsweise Schlesiens und Pommerells an Deutschland von innen zu spalten. Aus den übrigen polnisch besiedelten Gebieten wollte man unter dem politischen Dach Sowjetrusslands eine Polnische Räterepublik errichten. Die Folgen einer etwaigen Realisierung dieser Pläne lassen sich im Blick auf die in den 1930er Jahren angewandten Methoden der sowjetischen Politik recht leicht ablesen.<sup>3</sup>

Dabei sollte nicht übersehen werden, dass die KPRP lediglich ganz zu Beginn ein teilweise eigenständiges politisches Gebilde verkörperte. Denn bereits Anfang der 1920er Jahre wurde die KPRP zu einer gegenüber dem Kreml völlig weisungsgebundenen Sektion der Komintern. Der Machtapparat der KPP setzte sich aus lohnabhängigen Aktivisten zusammen, für deren Lebensunterhalt das sowjetrussische Regime aufkam. Aus Moskau flossen auch die Gelder für Propagandamaterial und die laufende konspirative Tätigkeit. Eine KPP-Sondereinheit, die sogenannte Militärsionageabteilung (*Wojskówka*), erfüllte die klassischen Aufgaben eines militärischen Nachrichtendienstes. Darüber hinaus waren einige kommunistische Aktivisten zugleich als Agenten des sowjet(-russischen) Militärgeheimdienstes beziehungsweise der Vereinigten staatlichen-politischen Verwaltung

---

<sup>1</sup> TADEUSZ TESLAR, *Propaganda bolszewicka podczas wojny polsko rosyjskiej 1920 roku*, Warszawa 1938, S. 109 f.

<sup>2</sup> Gemeint sind vor allem die in den östlichen Wojewodschaften der Zweiten Polnischen Republik tätige Kommunistische Partei der Westukraine und die Kommunistische Partei des Westlichen Weißrusslands.

<sup>3</sup> Zum Beispiel der „Große Terror“ 1936 bis 1938, die Ermordung von über 100.000 polnischen Staatsbürgern, der „Holodomor“ in der Ukraine 1932/33.

des Volkskommissariats des Innern (OGPU-NKVD)<sup>4</sup> im Einsatz. Aber auch diejenigen Kommunisten, die kaum als typische sowjet(-russische) Spione einzustufen sind, hatten in Bezug auf Polen primär die Entfachung einer proletarischen Revolution und die Weisungen des Kreml im Sinn. Der damals nicht zu den orthodoxen Kommunisten gehörende spätere Staats- und Parteichef Władysław Gomułka beschrieb diese Zusammenhänge in seinen Memoiren rückblickend wie folgt:

„Die Wahrheit hatte für uns damals nur eine einzige Dimension: Die Wahrheit enthielten stets die – sich angeblich nach dialektischen Prinzipien, aber in Wirklichkeit gemäß den politischen Bedürfnissen der KP(b)U und der Sowjetunion ändernden Lagebewertungen – Beschlüsse der Parteitage und Plenarsitzungen des Zentralkomitees der KPP sowie der Komintern und ihres Exekutivkomitees, das – wie man uns gelehrt hatte – von der unfehlbaren, für alle kommunistischen Parteien der Welt beispielhaften ‚Allunion der Bolschewiki‘ unter Stalin geleitet wurde.“<sup>5</sup>

Aufgrund des klandestinen Charakters der KPP und ihrer Parolen ist leicht ersichtlich, warum jegliche kommunistische Tätigkeit in Polen offiziell verboten war und strengen Repressionen unterlag. Da die polnischen Kommunisten nicht offen auftreten konnten, versuchten sie das politische Geschehen im Lande zumindest hinter den Kulissen zu beeinflussen. Dies geschah durch die Errichtung von Spionagenetzen in politischen Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen sowie durch die geheime Gründung eigener Parteien und Gruppierungen unter der Leitung der KPP. Darüber hinaus druckte man kommunistische Literatur, deren Titel die eigentlichen Inhalte verschleierten.

Die feindselige Politik der Komintern gegenüber Polen wurde auf dem VII. – und letzten – Weltkongress im Jahre 1935 durch eine neue politische Taktik ersetzt und umgestaltet. Im Rahmen der sogenannten Zwei-Etappen-Revolution nahm man in der Folgezeit davon Abstand, die Vernichtung aller politischen Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) und die Diktatur des Proletariats zu fordern. Stattdessen propagierte die Komintern die Bildung „antifaschistischer Volksfronten“, die gemeinsam mit anderen Gruppierungen der politischen Linken die vermeintliche Offensive der „feindlichen Kräfte der Freiheit und Demokratie“ aufhalten sollten. In Wirklichkeit handelte es sich dabei lediglich um einen taktischen Schachzug, der die Kommunisten aus ihrer politischen Isolation herausführen

---

<sup>4</sup> Der OGPU (Vereinigte staatlich-politische Verwaltung) war die dem Volkskommissariat des Innern (NKVD) unterstellt geheime Staatspolizei der Sowjetunion (1922–1954), aus der sich später der NKGB heraußbildete (Anm. d. Hg.).

<sup>5</sup> WŁADYSŁAW GOMUŁKA, *Pamiętniki*. Bd.1, hg. v. ANDRZEJ WERBLAN, Warszawa 1994, S. 361.

sollte. Die neuen Lösungen bedeuteten jedoch keinen Verzicht auf die strategischen Grundziele der Komintern. Denn man strebte auch weiterhin nach der Weltherrschaft der Arbeiterklasse auf den Trümmern der „alten Welt“. In Polen propagierte die KPP die Errichtung einer „Volksfront“ mit anderen Linksparteien – vor allem mit der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) und dem Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (*Bund*). Dabei war die ideologische Speerspitze auf den „deutschen Faschismus“ gerichtet, in dem man die größte Bedrohung für die nationale Unabhängigkeit Polens sah. Die neuen Kampfparolen der KPP verloren jedoch relativ rasch an Bedeutung, denn in den Jahren 1936 und 1937 wurden große Teile ihres Führungszirkels auf sowjetischem Boden insgeheim liquidiert und die Partei bald darauf offiziell aufgelöst. Den polnischen Kommunisten war fortan jegliche organisatorische Tätigkeit streng untersagt. Diese Konstellation blieb bis Kriegsausbruch 1939 unverändert.

Im September 1939 nahmen die Komintern und die sowjetische Führung rasch Abstand von der Taktik der „antifaschistischen Volksfront“ und unterstützten im Gegenzug die sowjetische beziehungsweise nationalsozialistische Eroberungspolitik. Die Machthaber im Kreml richteten dabei scharfe Worte an das „frühere gutsherrschaftliche Polen“ und bezeichneten den Versailler Vertrag als „Missgebilde“. Nach dem Untergang der Zweiten Polnischen Republik befanden sich zahlreiche KPP-Funktionäre in sowjetisch besetzten Gebieten, von wo aus sie die dortige Besatzungsmacht aktiv unterstützten. Die von ihnen gebildeten Schlägertrupps und „roten Milizen“ erschossen Soldaten der Polnischen Armee, ermordeten Staatsbeamte und Polizisten und zerstörten polnische Nationalsymbole. Später arbeiteten zahlreiche kommunistische Kollaborateure im sowjetischen Verwaltungsapparat oder als Aktivisten auf Propagandakundgebungen oder Journalisten für die polnischsprachige Presse in der UdSSR. Andere KPP-Mitglieder gelangten indessen zum NKVD.

Der Überfall der Sowjetunion auf Polen mitten im Krieg gegen Deutschland übte starken Einfluss auf das ohnehin abweisende Verhältnis der polnischen Bevölkerung gegenüber der UdSSR aus. Die Orwellsche Wirklichkeit der sowjetischen Besatzungsherrschaft und die allerorts sichtbaren Zerstörungen auf kulturellem Gebiet, aber auch die massenhaften Unterdrückungsmaßnahmen verstärkten das negative Fremdbild vom Kommunismus sowjetischer Prägung. All dies grub sich tief ins Bewusstsein derjenigen Polen, die vor Kriegsausbruch politisch eher desinteressiert gewesen waren oder nicht an den Wahrheitsgehalt der aus der Sowjetunion durchsickernden Nachrichten geglaubt hatten. Der polnische Publizist Leopold Tyrmand charakterisierte das damals allgemein verbreitete Bewusstsein rückblickend wie folgt:

„In der Zwischenkriegszeit lag ich gemeinsam mit anderen 18-Jährigen im Warschauer Schwimmbad Legia in der Sonne und machte mich über die Ent-hüllungen der Sanacja-Boulevardblätter<sup>6</sup> lustig, die über die Lager in Kolyma berichteten und schilderten, wie dort mehrere Dutzend Häftlinge an einem einzigen Hering schleckten. Das ist doch nur Geschwätz – sagten wir damals – warum greift man zu derart billigen, antibolschewistischen Tricks?! Ein Jahr später konnten sich Millionen von Polen mühelos davon überzeugen, dass die Warschauer *Czerwonaki*<sup>7</sup> doch die Wahrheit geschrieben hatten. [...] In meiner geistigen Beschränktheit konnte ich mich nicht darauf einlassen, die Nacht als Tag, den Baum als Lokomotive, Ignoranz als Kultur, Warenmangel als Warenüberfluss, Wahrheit als Unwahrheit und Anstand als Verbrechen zu bezeichnen.“<sup>8</sup>

Die im deutschen Besatzungsgebiet zunächst auftretenden kommunistischen Gruppen verzichteten von vornherein auf jegliche Kampfparolen gegen das NS-Regime. Das Hauptziel ihrer Aktivitäten lag vielmehr darin, die Etablierung der kommunistischen Diktatur unmittelbar nach Einmarsch der Roten Armee oder infolge eines revolutionären Umsturzes beim etwaigen Zusammenbruch des NS-Regimes vorzubereiten. Ihren natürlichen Gegner sahen die Kommunisten nicht im Dritten Reich, sondern in den polnischen Widerstandsorganisationen, die für ein unabhängiges Polen kämpften, und die man daher als potentielle Bedrohung für die Einführung einer revolutionären Ordnung betrachtete. Die kommunistische Organisation „Hammer und Sichel“ (*Mlot i Sierp*) etwa sprach folgende Warnung aus:

„Die Arbeiter- und Bauernkader sollten die politische Bewegung jeweils vor Ort genau beobachten und all diejenigen unter ihre Aufsicht stellen, die heute bewusst und gezielt im Interesse der Bourgeoisie Propaganda in Wort und Schrift betreiben. Denn wenn die Stunde der Befreiung Polens kommt und sich eine Arbeiter- und Bauernregierung bildet, werden sich die Betreffenden gegen die Bauern und Arbeiter erheben und versuchen, Polen auf ganz eigene Weise einzurichten – gemäß ihrem Nutzen, ihrer Bequemlichkeit und ihren Interessen.“<sup>9</sup>

Die polnischen Kommunisten behandelten die Anhänger der nationalen Untergrundbewegung als „Agenten der Bourgeoisie“ und „Speichellecker des englischen Kapitals“, was den Nährboden für eine eigentümliche Interessengemeinschaft von Kommunisten und Nationalsozialisten schuf. Denn

---

<sup>6</sup> *Sanacja*: Bezeichnung für das Regierungslager Józef Piłsudskis 1926–1939 (Anm. d. Hg.).

<sup>7</sup> Gängige Bezeichnung für die Boulevardblätter Polens in der Zwischenkriegszeit.

<sup>8</sup> LEOPOLD TYRMAND, Porachunki osobiste, in: Kultura, 1967, Nr. 3, S. 27.

<sup>9</sup> Maschinenschriftliche Vervielfältigung, Archiv Neuer Akten, Warschau (AAN), 387/1, Bl. 11a, Fond „Organizacje Komunistyczne“.

die Vertreter beider verbrecherischer Ideologien – Nationalsozialismus und Komintern – verwendeten eine ganz ähnliche „revolutionäre“ Sprache und machten aus ihrer Abneigung gegen die liberale, demokratische Welt keinen Hehl. Sie besaßen ganz offensichtlich in Gestalt der nach der Unabhängigkeit strebenden Widerstandsbewegung einen gemeinsamen Feind. Die UdSSR trat damals auf internationaler Ebene als treuer Bundesgenosse des Dritten Reiches auf, wobei die Komintern der Eroberungspolitik Hitlers wiederholt ihre propagandistische Unterstützung zukommen ließ.

Dabei bildete sich eine Art Interessengemeinschaft heraus. Im stark kommunistisch geprägten Milieu der Stadt Radom führte dieses Gemeinschaftsgefühl sogar zum Versuch, gegenseitige Kontakte herzustellen. Der dortige Aktivist Czesław Nowakowski erinnerte in einem unveröffentlichten Augenzeugenbericht rückblickend an eine Aufforderung, die die Kommunisten in Radom vom örtlichen Arbeitsamt erhalten hatten: „Der Leiter der lokalen NSDAP [...] versicherte, dass Hitler und das Dritte Reich Freunde der Sowjetunion seien, woraufhin er die versammelten KPP-Funktionäre um Zusammenarbeit im Kampf gegen den britischen Kapitalismus bat und im Namen der deutschen Regierung seine Hilfe für die Versammelten in Aussicht stellte.“<sup>10</sup> An einem gemeinsamen Kampf war die deutsche Seite jedoch nicht wirklich interessiert. Während die polnischen Kommunisten auf ihrem ersten Parteitreffen noch eine gewisse finanzielle Unterstützung erhielten, ließ man die KPP-Funktionäre bereits auf der folgenden Versammlung unverzüglich verhaften. Die vorab geschilderten Ereignisse sind vielleicht von nebensächlichem Charakter, illustrieren jedoch die in den Jahren 1939 bis 1941 herrschende Distanz der polnischen Kommunisten gegenüber den nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen und der NS-Widerstandsbewegung recht eindrucksvoll.

In der UdSSR traf die Komintern damals konzeptionelle und organisatorische Vorbereitungen zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei in den deutsch besetzten Gebieten Polens.<sup>11</sup> Derartige Pläne hatten jedoch aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts in der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges kaum Chancen auf Verwirklichung. Denn sämtliche Aktivitäten der Kommunisten in Europa und ihre etwaige Unterstützung der nationalsozialistischen Politik, aber auch die Gründung einer Widerstandsbewegung gegen Hitler hingen ausschließlich von den jeweiligen Interessen des Kreml ab.

---

<sup>10</sup> PIOTR GONTARCZYK, Polska Partia Robotnicza. Droga do władzy 1941–1944, Warszawa 2003, S. 58.

<sup>11</sup> PIOTR GONTARCZYK, O Polskę sowiecką. Notatka Zofii Dzierżyńskiej w sprawie platformy politycznej dla nowej partii komunistycznej w Polsce z 18 kwietnia 1941 r., in: Glaukopis 6 (2006), S. 114–122.

## 2. Zur Entstehungsgeschichte der PPR

Der Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bewirkte einen radikalen Wandel der Politik des Kreml und der ihm untergeordneten Komintern. Denn befreundete Großmächte wurden von einem Tag auf den anderen zu Feinden, wobei die unmittelbar zuvor noch rücksichtslos bekämpften Westmächte – wie etwa Großbritannien unter Premierminister Winston Churchill – nunmehr als Bündnispartner galten. Die katastrophale militärische Lage, in der sich die UdSSR bereits nach wenigen Kriegsmonaten befand, ließ die Machthaber in Moskau intensiv nach Wegen suchen, die die Funktionstüchtigkeit der deutschen Kriegsmaschinerie beeinträchtigen konnten. Ein geeignetes Mittel sah man dabei in der Bildung oder Förderung der nationalen Widerstandsbewegungen in den vom Dritten Reich besetzten Ländern. Die Strukturen der Komintern und der sowjetischen Nachrichtendienste in Anspruch nehmend, lenkte der Kreml die Tätigkeit der einzelnen kommunistischen Parteien unter Rückgriff auf die Volksfrontparolen der 1930er Jahre. Die den Kommunisten weltweit gestellte Hauptaufgabe bestand abermals in der „Bekämpfung des Faschismus“ und in der Unterstützung der sowjetischen Kriegsanstrengungen mit allen verfügbaren Mitteln.

Polen sollte dabei nach den Plänen des Kremls eine besondere Aufgabe zufallen. Denn durch dieses Land verliefen wichtige Versorgungslinien zwischen den Kerngebieten Deutschlands und dem Osten Europas. Die Auslösung einer massenhaften Militäraktion hätte die Situation an der Ostfront möglicherweise erheblich beeinflussen können. Beim Versuch, die Polen zum Kampf zu bewegen, wollte man sich ihre Abneigung gegen das NS-Regime, aber auch die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen und die in der polnischen Kultur immer noch lebendigen Aufstandstraditionen zu Nutze machen. Aber in Polen existierten keine kommunistischen Strukturen, mittels derer man eine Volkserhebung hätte organisieren können. Außerdem gab es kein bedeutendes politisches Milieu, das der UdSSR wohlwollend gegenüberstand. Dagegen saßen Misstrauen und Abneigung in der polnischen Bevölkerung gegenüber dem östlichen Nachbarn tief: Man hatte den Überfall vom 17. September 1939 und die daraufhin geschehenen Verbrechen und Massendeportationen noch gut in Erinnerung. Deren Ausmaß war mit den Verbrechen des NS-Regimes bis zu diesem Zeitpunkt durchaus vergleichbar. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion erfolgte zur Zeit der dritten und größten Deportation der ostpolnischen Bevölkerung ins Landesinnere der UdSSR. Es ist also nicht verwunderlich, dass die deutschen Truppen in Polen nach dem 22. Juni 1941 oftmals mit Erleichterung oder gar Freude begrüßt wurden.

Durch das Sikorski-Majski-Abkommen vom Juli 1941 wurden Polen und die UdSSR offiziell zu Bündnispartnern. Dennoch konnte diese bilaterale Vereinbarung zahlreiche grundlegende Probleme nicht lösen und gab insbesondere keine Garantie für die territoriale Integrität Polens angesichts der Tatsache, dass die Rote Armee in den Jahren 1939 bis 1941 über die Hälfte des polnischen Staatsgebiets besetzt hielt. Darüber hinaus war man sich in Polen über den expansiven Charakter der sowjetischen Außenpolitik und ihrer verbrecherischen Ideologie durchaus bewusst.

Unter den politischen Eliten Polens – insbesondere in der okkupierten Heimat – löste der Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges verständlicherweise eine gewisse Freude aus. Der Krieg zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR gab der polnischen Nation ähnlich wie 1914 die Chance, die erneut verlorene Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Die „*Rzeczpospolita Polska*“, das offizielle Presseorgan der Regierungsdelegatur,<sup>12</sup> beschrieb die in der Bevölkerung damals vorherrschende Stimmung so:

„Freude wehte durch die Straßen Warschaus, als wir am wunderbaren, sonnigen Morgen des historischen Sonntags – am 22. Juni 1941 – erfuhren, dass unser sehnlichster Wunsch Wirklichkeit geworden war: Der deutsch-sowjetische Krieg hatte begonnen! Die Gesichter der Polen aller sozialen Schichten und Stände hellten sich auf. Herzlicher und inniger als sonst schlossen sich polnische Hände zur Begrüßung zusammen. Die Blicke der Polen erhoben sich in Dankbarkeit zu den Altären in den überfüllten Gotteshäusern und – was die Stimmen der Priester und Gläubigen nicht zu bewirken vermochten – aus den polnischen Herzen erklang das feierliche, mächtige ‚Te deum laudamus‘.“<sup>13</sup>

Die auflagenstärkste Untergrundzeitung der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK), das „*Biuletyn Informacyjny*“, sprach bereits unmittelbar nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges von der „feindlichen Neutralität“ Polens gegenüber beiden Kriegsparteien und wies warnend darauf hin, dass jegliche einseitige Parteinahe als Verrat an der eigenen Nation betrachtet werden würde.<sup>14</sup> Allgemein herrschte die Ansicht, dass die gegenseitige Vernichtung Deutschlands und der UdSSR ganz im polnischen Interesse liege. Sämtliche Anstrengungen der konspirativen Unabhängigkeitsbewegung sollten daher weiterhin unter der Devise unternommen werden, dass man „Gewehr bei Fuß stehen“ müsse, um den geeigneten Zeitpunkt für einen nationalen Aufstand abzuwarten. Frühzeitige, umfangreichere Militäraktionen gegen die deutsche Besatzungsmacht hielt man angesichts des enormen Kräfteungleichgewichts von vornherein für

<sup>12</sup> Vertretung der Londoner Exilregierung in Polen (Anm. d. Hg.).

<sup>13</sup> „Wielki krok naprzód“, in: *Rzeczpospolita Polska*, Nr. 7 v. 30.6.1941.

<sup>14</sup> „Kraj“, in: *Biuletyn Informacyjny* v. 26.6.1941.

zwecklos, da man ein sinnloses Massaker möglichst vermeiden wollte. Nur eine etwaige militärische Niederlage Hitlers und Stalins oder erhebliche innere Umwälzungen im Dritten Reich und der UdSSR nährten – ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg – die Hoffnung auf die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit.

Für den Kreml war klar, dass im besetzten Polen keine einzige politische Kraft militärische Maßnahmen zur Unterstützung der UdSSR ergreifen würde. Der damals auf den Straßen Warschaus kursierende Witz über die Notwendigkeit, die Bahngleise der deutschen Zugtransporte in den Osten „mit Butter zu schmieren“ spiegelte das Verhältnis der meisten Polen zum sowjetischen „Bundesgenossen unserer Bundesgenossen“ deutlich wider. Diese Situation war für die Machthaber in Moskau unannehmbar. Daher versuchte der Kreml um jeden Preis, die Bevölkerung in Polen zu massenhaften Sabotageakten zu provozieren oder sogar einen allgemeinen bewaffneten Aufstand auszulösen. Derartige Aktionen auf Bündnisgebiet verstießen zwar gegen das Sikorski-Majski-Abkommen, aber die Aussicht auf die Unterbrechung der deutschen Verkehrslinien war viel zu verlockend, als dass sich der Kreml von den damit verbundenen völkerrechtlichen Problemen hätte aufhalten lassen.

Auf den von der Sowjetunion im September 1939 annektierten und als integrale Bestandteile der UdSSR behandelten Gebieten Polens sollte daher eine Widerstandsbewegung aus Mitgliedern des früheren Partei- und Staatsapparats und versprengten Rotarmisten gebildet werden. Diese Maßnahmen waren unter offizieller sowjetischer Schirmherrschaft durchzuführen. Beziiglich der vom NS-Regime okkupierten Territorien griff der Kreml zu anderen Lösungen. Denn dort beabsichtigte man mit Hilfe der polnischen Kommunisten eine Partei zu formieren, deren Hauptaufgabe im Aufruf zum Kampf der einheimischen Bevölkerung gegen die deutsche Fremdherrschaft lag. Diese Partei sollte einerseits eine eigene militärische Widerstandsbewegung entstehen lassen und darüber hinaus – basierend auf den Erfahrungen des VII. Komintern-Weltkongresses von 1935 – eine „antifaschistische Volksfront gegen Deutschland“ bilden. Gerade letztere Maßnahme sollte größtmöglichen politischen Druck auf die Strukturen des polnischen Untergrundstaates und verschiedenste politische Kreise ausüben, um einer massenhaften Partisanenaktion den Weg zu ebnen.

Der Kreml war sich jedoch über das Verhältnis der polnischen Gesellschaft zu Kommunismus und Sowjetstaat völlig im Klaren. Die Gründung einer Kommunistischen Partei Polens unter dem Motto der Verteidigung der UdSSR hätte die neue politische Gruppierung unausweichlich isoliert, da man diese in der Bevölkerung lediglich als klandestines Netzwerk im Dienste der Feinde Polens angesehen hätte. Um also die Erfolgsaussichten der geplanten Operation zu wahren, musste die neue Partei in Polen ihr

wahres politisches Antlitz und ihre tatsächlichen Handlungsmotive verborgen. Nötig waren daher ein neues Format und völlig neue Parolen.

Am 27. August 1941 lud Stalin den Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern, Georgi Dimitrov, zum vertraulichen Gespräch in den Kreml. Dabei erhielt Dimitrov die Anweisung, in Polen eine neue Partei ohne explizites kommunistisches Programm zu gründen. Die diesbezüglichen Überlegungen Stalins hielt Dimitrov in seinem Tagebuch fest:

„Es ist besser, eine Arbeiterpartei Polens mit einem kommunistischen Programm zu schaffen. [Denn] eine kommunistische Partei schreckt nicht nur Fremde ab, sondern auch einige von denen, die mit uns sympathisieren. – In der gegenwärtigen Etappe – Kampf für nationale Befreiung. Doch selbstverständlich keine Labourpartei wie in England.“<sup>15</sup>

Im Rahmen der kommunistischen Dialektik definierte man eine solche Haltung als Rückkehr zur „Zwei-Etappen-Revolution“. Dabei sollten zunächst die Kommunisten im Verbund mit anderen Parteien das Dritte Reich durch eine „antifaschistische Volksfront“ niederringen. Die Einführung der Diktatur des Proletariats (unter gleichzeitiger Vernichtung der „antifaschistischen“ Bundesgenossen) wurde hingegen auf die nächste „historische Etappe“ verlegt. Im Bereich der Politik (aber nicht hinsichtlich der marxistisch-leninistischen Dialektik) beruhte die Konzeption der neuen Partei in Wirklichkeit auf einem reinen Täuschungsmanöver. Die neue kommunistische Partei in Polen sollte ihr wahres Gesicht und ihre tatsächlichen Handlungsziele verborgen. Sie musste deshalb nach außen als Gruppierung polnischer Patrioten erscheinen, die gegen das NS-Regime um die nationale Unabhängigkeit ihres Heimatlandes kämpften. Unbemerkt von der einheimischen Öffentlichkeit sollte ein parteiinternes Spionagenetz mit Verbindungen zu Moskau entstehen. Außerdem wurde die eigentlich unübersehbare Tatsache verheimlicht, dass die PPR trotz anderslautender großspuriger Parolen letztlich nicht zum Wohle Polens, sondern lediglich im Namen des Kommunismus und für ganz bestimmte Zwecke der sowjetischen Führung agierte.

Für die Durchführung der „Operation PPR“ wählte man eine Gruppe von bewährten, professionellen Aktivisten der ehemaligen KPP. Diese waren teilweise eng mit dem zivilen und militärischen Nachrichtendienst der Sowjetunion verbunden und mussten für ihren Einsatz in der OMBSON-Einheit<sup>16</sup> des NKVD vor dem Abflug nach Polen eine spezielle

<sup>15</sup> GEORGI DIMITROFF, *Tagebücher 1933–1941*. Bd.1, hg. v. BERNHARD H. BAYERLEIN, Berlin 2000, S. 419.

<sup>16</sup> OMBSON: Kurzbezeichnung für eine motorisierte Sonderbrigade des NKVD, die überwiegend aus Kommunisten nichtrussischer Nationalität bestand.

Schulung absolvieren. Spätestens im September 1941 wurde gemäß den Anweisungen Stalins das erste offizielle Parteiprogramm an die „Arbeiter, Bauern, Intelligenz und alle polnischen Patrioten!“ ausgearbeitet, das eine politische Plattform für die Tätigkeit der neuen Partei darstellen sollte. Die programmatische Erklärung transportierten Mitglieder zweier Initiativgruppen der PPR persönlich nach Polen<sup>17</sup> – in Gestalt von Mikrofilmen, die in verschiedenen Kleidungsteilen eingenäht waren. Den beiden Gruppen standen dabei Rundfunkstationen und Bargeld in Höhe von bis zu 10.000 Dollar zur Verfügung. Die operative Verbindung mit der ersten Initiativgruppe sollte mit Hilfe eines Büchergeheimcodes erfolgen, der auf einem (russischsprachigen) Gedichtband Michail Lermontovs basierte.

Dennoch setzten sich nicht alle nach Polen eingeschleusten Kommunisten der PPR-Initiativgruppen für die dortige Parteiarbeit ein. Einige Aktivisten wie etwa Jan Gruszczyński oder Czesław Skoniecki arbeiteten ausschließlich für den Geheimdienst des NKVD. Andere hingegen, wie Małgorzata Fornalska oder PPR-Sekretär Paweł Finder, waren sowohl für die Partei als auch den sowjetischen Nachrichtendienst tätig. Aufgrund der überaus lückenhaften Analyse der Tätigkeit der kommunistischen Konspiration (vor allem Führungsstrukturen und Nachrichtenübermittlung nach Moskau) weiß man mitunter kaum, wo genau die Parteistrukturen beginnen und wo man es bereits mit dem Agentennetz des NKVD zu tun hat. Dabei bleibt die Frage offen, ob diese Strukturen ausschließlich miteinander kooperierten oder ob einige der Warschauer Residentur von der NKVD-Hauptabteilung I zugewiesenen Aufgaben offiziell von der PPR erfüllt wurden. Eine allzu starke Überschneidung der Aufgabenbereiche von PPR und sowjetischem Geheimdienst stieß jedenfalls in den Chefetagen des NKVD wiederholt auf Kritik, da man den konspirativen Charakter der PPR unbedingt aufrechterhalten wollte.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Die erste Gruppe versuchte man im Herbst 1941 als Fallschirmspringer nach Polen einzuschleusen. Aber das Flugzeug zerschellte beim Start und ein Mitglied der Initiativgruppe, Jan Turlejski – ein zwischen 1939 und 1941 im besetzten Lomża aktiver, von zahlreichen Polen gehasster sowjetischer Agitator – kam dabei ums Leben. Die übrigen Mitglieder der Initiativgruppe wurden im Dezember 1941 über Polen abgeworfen. Dort schufen sie entsprechende Parteistrukturen, verfügten aber aufgrund der verloren gegangenen Radiosender über keine Fernverbindung zu Moskau. Eine weitere Gruppe von Fallschirmspringern gelangte erst im Mai 1942 nach Polen, wobei eine regelmäßige Rundfunkverbindung mit der Moskauer Zentrale eingerichtet wurde. Die Mitglieder dieser zweiten Gruppe erhielten Zugang zu den Führungsgremien der Partei beziehungsweise Nachrichtendiensten des NKVD und der Hauptverwaltung für Aufklärung (GRU), dem Zentralorgan des sowjetischen Militärischen Nachrichtendienstes.

<sup>18</sup> Schreiben von General Pavel Fitin an Georgi Dimitrov v. 6.5.1943, Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte, Moskau (RGASPI), Fond 495, Liste 74, Akte 26.

Der von Stalin auferlegte „patriotische“ Deckmantel der Propaganda, unter dem die PPR agieren sollte, löste sogar unter treu ergebenen Aktivisten der ehemaligen KPP großes Entsetzen und starke Zweifel aus. Denn einige von ihnen wollten lieber mit offenem Visier in den Kampf ziehen – „mit der Diktatur des Proletariats auf den Lippen“ und unter roter Fahne. Dennoch konnte von einem Widerstand gegen Stalin keine Rede sein. Diese Situation wiederholte sich auch im besetzten Polen, wo die neue Partei von einheimischen kommunistischen Kreisen zumeist mit großer Verwunderung aufgenommen wurde. Ein älterer Aktivist kommentierte die Parteigründung wie folgt: „Ein Radieschen – außen rot und innen weiß.“<sup>19</sup> Einige frühere KPP-Aktivisten hielten sich von der konspirativen Tätigkeit der PPR bis zum Ende der deutschen Besatzungsherrschaft bewusst fern. Andere wiederum nahmen das Profil der neuen Partei eher ablehnend oder skeptisch zur Kenntnis. Gomułka, der sich bereits 1942 im besetzten Polen in die Tätigkeit der PPR eingeschaltet hatte, erinnerte sich nach vielen Jahren wie folgt an die Anfänge dieser Partei:

„Mit gemischten Gefühlen vernahm ich [...] die Nachrichten und zugleich instruktiven Hinweise [von Parteisekretär Paweł Finder] über die Rolle, Aufgaben und Erscheinungsform der PPR. Daraus ergab sich, dass die Führung der Komintern – die stets die Direktiven der KP(b)U erfüllte – der neu gegründeten Partei gleichsam zwei Gesichter verliehen hatte: ein unverhülltes und ein geheimes. Das unverhüllte Antlitz der Partei bestand in der gesamten, vor niemandem verborgenen Untergrundtätigkeit, während die Verbindungen der Parteiführung zu Moskau und der Komintern vor der Nation weiterhin gehalten werden sollten. Es sollte also geheim bleiben, dass die PPR die Oberhoheit der Komintern über die Partei trotz des formalen Verzichts auf die Zugehörigkeit zur Komintern weiterhin anerkannte.“<sup>20</sup>

Da der Versuch, Fallschirmspringer im Herbst 1941 über Polen abzuwerfen, mit einem Fehlschlag geendet war,<sup>21</sup> gelang die Parteigründung erst in einem zweiten Anlauf, so dass sich die neuen Machthaber der PPR gegen Ende Dezember 1941 in Warschau befanden. Von der Aufbruchsstimmung der ersten misslungenen Gründungsinitiative zeugt eine handschriftliche Notiz des ersten PPR-Führers Marceli Nowotko, die die politischen Horizonte der Gründungsväter der Partei treffend veranschaulicht: „Nach dem

<sup>19</sup> AAN Personalakte 8021, Bl. 4. Augenzeugenbericht von Jadwiga Mijal.

<sup>20</sup> GOMUŁKA, Pamiętniki. Bd. 2, S. 115.

<sup>21</sup> Siehe Anm. 17.

Anlassen der Motoren sangen wir zur Verabschiedung unserer sowjetischen Heimat das Lied ‚Weit reicht mein Vaterland‘.<sup>22</sup>

### 3. Die PPR im okkupierten Polen. Phase I (Januar 1942 – April 1943)

Kurz nach dem Eintreffen in Polen nahmen die Mitglieder der PPR-Initiativgruppe ihre Tätigkeit auf. Am 5. Januar 1942 fand in einer Warschauer Privatwohnung eine Mitgliederversammlung verschiedenster kommunistischer Zirkel statt, auf der die von der Komintern ins Leben gerufene PPR erstmals ihr programmatisches Profil preisgab. Die anwesenden Mitglieder versuchten dabei vergeblich, die neuen „patriotischen“ Parolen der Partei in Zweifel zu ziehen. Gemäß den internen Beschlüssen der Komintern durfte im Manifest der PPR „nicht einmal ein Komma“ geändert werden. Gegen den Widerstand einiger ehemaliger Mitglieder ging man rasch dazu über, eine technische Basis für die Propagandatätigkeit – Druckereien im Untergrund – und einen eigenen Parteiapparat zu schaffen. Offiziell präsentierte sich die PPR als Initiative unterschiedlicher politischer Kreise „des Landes“ und bediente sich hochtrabender patriotischer Schlagwörter. Die aus Moskau mitgebrachte Deklaration an die „Arbeiter, Bauern, Intelligenz und alle polnischen Patrioten“ versah man nachträglich mit dem Datum „5. Januar 1942“ und tat bis Kriegsende so, als ob die Deklaration erst auf der Gründungsversammlung der Partei in Warschau entstanden sei. Diese Vorgehensweise diente nicht nur der „patriotischen“ Mystifizierung der Kommunisten in Polen, sondern besaß auch eine internationale Dimension. Denn dadurch wurden die sowjetischen Schirmherren der PPR vor etwaigen Vorwürfen der polnischen Regierung in Schutz genommen, Maßnahmen gegen den Geist gegenseitiger Vereinbarungen auf dem souveränen Staatsgebiet Polens unternommen zu haben. Die Mystifizierung der Gründungsväter, aber auch der Entstehungsgeschichte der PPR und der damit verbundenen historischen Begleitumstände wurden nach Ende des Zweiten Weltkrieges Jahrzehntelang bewusst aufrechterhalten.

Der in Moskau formulierte, erste programmatische Aufruf der PPR war recht bezeichnend. Denn er beinhaltete nebulöse Visionen über die Zukunft Polens und konzentrierte sich ausführlich darauf, die Notwendigkeit eines aktiven Kampfes gegen das nationalsozialistische Deutschland zu begrün-

---

<sup>22</sup> AAN Personalakte 6067 (Jan Turlejski), Bl. 78. Tagebucheintrag von Marcelli Nowotko v. 30.11.1941. Das erwähnte Lied war damals in der UdSSR ein allgemein bekanntes patriotisches Gesangsstück. In den Jahren 1939–1941 wurde es auch in den sowjetischen Gulags bei Tagesbeginn für Millionen von sowjetischen Bürgern und polnischen Häftlingen gespielt.

den. Ungewollt kamen dabei auch die tatsächlichen Ziele der Parteitätigkeit ans Tageslicht:

„Die Versorgungsbasen und Streitkräfte im Hinterland unseres Feindes müssen mit allen Mitteln in Unordnung gebracht werden. Die Fortbewegung der Hitler-schen Truppen und der Kriegsausrüstung sind zu vereiteln, Brücken sind zu zerstören. Züge müssen entgleist, Zisternen und militärische Vorratslager der Besatzungsmacht in Brand gelegt werden. Die Waffen- und Munitionsproduktion sowie alles, was der Versorgung der Armee Hitlers dient, muss auf jede nur erdenkliche Art und Weise sabotiert werden. An Hitlers Banditen darf keine Handvoll Getreide, kein Tropfen Milch und kein Pfund Fleisch fallen! [...] Unterstützt das militärische Auftreten gegen die faschistischen Besatzungs-truppen mit allen Kräften! Bildet Partisanenverbände! Möge im Rücken der deutschen Armee eine zweite Front entstehen!“<sup>23</sup>

Die Realisierung dieses Programms war natürlich mit enormen Opfern auf polnischer Seite verbunden. Dieses Problem schien die Führungskader der PPR und ihrer sowjetischen Auftraggeber jedoch nicht zu interessieren.

Den Entscheidungsträgern des polnischen Untergrundstaates fiel die Aufdeckung des wahren Charakters der neuen Partei nicht schwer. Bereits zwei Tage nach der PPR-„Gründungsversammlung“ vom 5. Januar 1942 machte die für die kommunistische Bewegung zuständige Sonderzelle des AK-Nachrichtendienstes unter dem Decknamen „Korvette“ (*Korweta*) folgende Meldung:

„Die Bezeichnung PPR wurde nach langen Debatten im Kreise der Komintern auf ausdrückliche Anweisung Stalins festgelegt, da dieser das Wort ‚kommu-nistisch‘ aus taktischen Erwägungen vermeiden wollte. [...] Gestern, am 5. Januar 1942, konstituierte sich in Warschau die Polnische Arbeiterpartei. [...] Mit Hilfe des mitgebrachten Druckstocks druckte man in Warschau das Partei-manifest, das mit folgenden Worten beginnt: ‚Infolge der schändlichen und verräterischen Politik der Regierung von [Edward Rydz-]Śmigly und [Józef] Beck geriet unser Volk in schreckliche Knechtschaft‘.<sup>24</sup> [...] Aus taktischen Gründen sah man zunächst davon ab, die ganze Arbeit als Arbeit der K[omintern] zu deklarieren und beschloss, die organisatorische Abhängigkeit [der PPR] von der Komintern streng geheim zu halten.“<sup>25</sup>

Gemäß den Instruktionen Stalins ging die PPR in Polen rasch dazu über, eine „einheitliche Kampffront gegen die Besatzer“ zu errichten, indem sämtliche konspirative Organisationen und alle Polen zum aktiven Kampf

<sup>23</sup> GONTARCZYK, Partia, S. 77 f.

<sup>24</sup> Eigentlich begann die programmatiche Erklärung der PPR mit folgenden Worten: „Infolge der falschen und verräterischen Politik von Rydz-Śmigly und Beck wurde unser Vaterland vom ewigen Feind geknechtet.“

<sup>25</sup> AAN Mikrofilm 423, Bl. 4 f. Meldung der „Korweta“ v. 6.1.1942.

gegen die Deutschen aufgerufen wurden. Die von der PPR angebotene Alternative klang recht einfach:

„Die gesamte Nation steht vor der Aufgabe, alle Kräfte zum Kampf auf Leben und Tod gegen die Besatzungsmacht zu vereinen. Sie steht vor der Aufgabe, eine Volksfront im Kampf um ein freies und unabhängiges Polen zu bilden. [...] Die Polnische Arbeiterpartei geht mit jedem, der sich in den Kampf gegen die Hitlersche Besatzungsmacht begibt und sagt zugleich allen Volksverrättern, niederträchtigen Nazi-Agenten und Spaltpilzen der Volksfront den erbarmungslosen Kampf an.“<sup>26</sup>

Bemerkenswerterweise sah die PPR zunächst von Attacken auf die Exilregierung in London ab und unterstrich vielmehr die positive Bedeutung des erreichten Abkommens mit der UdSSR. Die Sikorski-Regierung repräsentiere zwar nicht die gesamte „Arbeiterklasse, die Masse der Bauern und die arbeitende Intelligenz“. Dennoch sei ihre Existenz aufgrund der „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Alliierten und der Organisierung einer Streitkraft“ durchaus zweckmäßig.<sup>27</sup>

Die von großer weltanschaulicher Vielfalt gekennzeichnete polnische Untergrundbewegung nahm die Entstehung der PPR und deren Wirken in überraschender Einmütigkeit zur Kenntnis. Die Presse des „Nationalen Lagers“ bezeichnete die Führer der neuen Partei schlicht als „sowjetische Abgesandte“. Dagegen machte sich der AK-nahe „Biuletyn Informacyjny“ über die „patriotische“ Metamorphose der Kommunisten eher lustig, warnte aber vor den Folgen:

„Wir halten die Polnische Arbeiterpartei und ihre Presseorgane für ein ausländisches Spionagenetz. Ein Spionagenetz, das den polnischen Interessen nicht nur fremd und feindlich gesinnt ist, sondern auch der Zusammenarbeit der Regierungen Polens und der UdSSR Schaden zufügt.“<sup>28</sup>

In der Monatszeitung der Volksgarde (*Gwardia Ludowa*, GL) äußerten sich führende Aktivisten der PPS in ganz ähnlichem Tonfall:

„Die Phrasen der kommunistischen Propaganda über die Freiheit oder sogar Macht des zukünftigen Polen werden niemanden in die Irre führen. Diese Deklarationen werden ebenso mit Füßen getreten werden wie die Floskeln über die Einheitsfront im Kampf gegen Hitler bereits im September 1939 abgeschüttelt wurden, als man Polen im Waffenbund mit den Nazis auf verräterische Weise angegriffen hat.“<sup>29</sup>

<sup>26</sup> GONTARCYK, Partia, S. 78.

<sup>27</sup> „Nasz stosunek do rządu gen. Sikorskiego“, in: Trybuna Wolności, Nr. 7 v. 1.5.1942.

<sup>28</sup> „Komuniści“, in: Biuletyn Informacyjny, Nr. 12 v. 26.3.1942.

<sup>29</sup> „Jeszcze o dywersji“, in: Gwardia Ludowa, Nr. 5, Juli 1942.

Seitens der polnischen Bauernpartei (*Stronnictwo Ludowe*, SL) stellte man lediglich lakonisch fest, dass die „PPR vor allem ein Werkzeug des ‚Sowjetischen Hauptstabes‘“<sup>30</sup> sei. Höchst interessant erscheint hingegen die Haltung des radikalen linken Parteiflügels der polnischen Sozialisten gegenüber der PPR:

„Was ist die PPR? [...] Würde man nach den von ihr verkündeten Parolen urteilen, so müsste man die PPR zu den Gruppierungen der politischen Mitte zählen. Aber die PPR ist weder eine Partei des Zentrums noch eine politische Gruppierung im üblichen Sinne. Die PPR ist ein politisches Unternehmen. Über die Gründung der PPR entschieden übergeordnete sowjetische Faktoren. Wahrscheinlich ging es um eine direkte Wirkung: die Organisierung eines Aufstandes in Polen zum Beginn der deutschen Frühjahrsoffensive im Osten. Unserer Meinung nach ist dieser Plan zum kompletten Scheitern verurteilt. Für die politischen Entscheidungszentren Polens existiert insbesondere eine andere polnische Verlustbilanz als für die sowjetische Führung. Wenn der Aufstand bereits jetzt ausbrechen müsste, würde er unter den gegenwärtigen Bedingungen von der Besatzungsmacht blutig niedergeschlagen werden, wobei die [polnischen] Verluste ungleich höher ausfallen würden als die Verluste auf Seiten der Besatzungsmacht.“<sup>31</sup>

Angesichts dieser Haltung der verschiedenen Widerstandsorganisationen des polnischen Untergrundstaates verfehlten die „Volksfront“-Parolen der PPR ihre Wirkung. Auch die wiederholten Versuche, belastbare politische und militärische Strukturen für größere Sabotageakte gegen die deutschen Besatzer zu schaffen, schlügen letztlich fehl. Der Mangel an geschulten Führungskadern sowie die durch die Kriegswirren eher zufällig zur GL beziehungsweise Volksarmee (*Armia Ludowa*, AL) gestoßenen „subversiven Elementen“, aber auch die von den Kommunisten angeworbenen, häufig von kriminellen Straftätern angeführten Banditengruppen und die fehlende Unterstützung innerhalb der polnischen Bevölkerung drückten den Aktivitäten der kommunistischen Partisanen ihren Stempel auf. Denn deren Tätigkeit beschränkte sich größtenteils auf Raubaktionen, die oftmals gegen die polnische Zivilbevölkerung gerichtet waren. Bereits 1942 kam es zu ersten Gewalttaten und Ermordungen von polnischen Gutsbesitzern und Vertretern der staatsbürglichen Eliten, die als „Klassenfeinde“ und Vertreter der „Reaktion“ denunziert wurden. Am häufigsten fielen den Kommunisten jedoch einfache Bauern zum Opfer.

Erheblich leichter als die Erbeutung von deutschen Waffen erwies sich der Angriff auf Posten des die Unabhängigkeit Polens anstrebenden Widerstandes und die gewaltsame Übernahme der bewaffneten Ausrüstung von

<sup>30</sup> „Pajaki Kominternu“, in: *Żywia i Bronią*, Nr. 13, August 1942.

<sup>31</sup> „Z PPR-em impreza nieudana“, in: *Robotnik*, Nr. 88 v. 12.5.1942.

AK und Nationalen Streitkräften (*Narodowe Siły Zbrojne*, NSZ), was nicht selten mit der Ermordung ihrer Mitglieder einherging. Auf das Konto der kommunistischen Partisanen gingen ferner die Raubüberfälle und Morde an Juden, die sich in nahegelegenen Wäldern verbargen. Die Führungsstrukturen der PPR (einschließlich ihres Zentralkomitees) wurden durch gewöhnliches Banditentum aufrechterhalten, unter dem die gesamte polnische Gesellschaft zu leiden hatte: In die Partiekassen der PPR gelangten unter anderem Bargeld und Wertsachen der in den Wäldern getöteten jüdischen Flüchtlinge. Einige Mitglieder der engeren PPR-Führung waren tagsüber für Belange der Partei im Einsatz, während sie in den Nachtstunden Lebensmittelgeschäfte und Wohnungen wohlhabender Bürger überfielen.<sup>32</sup>

Die antideutschen Aktivitäten der kommunistischen Partisanenverbände zeigten eine verschwindend geringe Wirkung, die in keinem Verhältnis zum enormen Ausmaß der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen und der fortschreitenden Anarchie und der sich ausbreitenden rechtsfreien Räume in den ländlichen Gebieten Polens stand. Von einem Volksaufstand oder der Störung der regulären deutschen Versorgungslieferungen an die Ostfront konnte überhaupt keine Rede sein. Der Fehlschlag der „Operation PPR“ war unübersehbar.

Anfang 1943 nahmen Entscheidungsträger des polnischen Untergrundstaates zwar noch kurzfristig Gespräche mit Repräsentanten der PPR-Führung auf. Die knappen Unterredungen hatten aber lediglich Sondierungscharakter. Entgegen den die Bedeutung dieser Gespräche überbewertenden Verlautbarungen in der Propaganda der Volksrepublik Polen kam es dabei jedoch nie zu konkreten Vereinbarungen. Ende Juli 1942 meldete Parteisekretär Marcelli Nowotko der Moskauer Zentrale das totale Scheitern der bisherigen Anstrengungen: „Die polnischen Sozialisten, WRN,<sup>33</sup> Bauernpolitiker und ‚Sikorski-Leute‘ [Sikorszczaki]<sup>34</sup> sowie Teile der Nationaldemokratie sind in der Londoner Regierungsdelegatur vereint. In der Heimat selbst gibt es keine Volksfront.“<sup>35</sup>

Die PPR-Führung gab angesichts des schwachen Einflusses der Partei auf lokaler Ebene und aufgrund der eindeutig feindlich gesinnten kon-

---

<sup>32</sup> GONTARCZYK, Partia, S. 104-107.

<sup>33</sup> Kurzbezeichnung für *Wolność-Równość-Niepodległość* (Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit). Unter diesem offiziellen Decknamen agierte die Hauptströmung der PPS während der NS-Besatzung.

<sup>34</sup> Mit dieser gängigen pejorativen Bezeichnung meinten die Kommunisten diejenigen Kreise, die General Sikorski oder – was noch häufiger vorkam – die polnische Untergrundarmee unterstützten.

<sup>35</sup> AAN, Fond PPR 190/I-13, Bl. 16. Depesche des PPR-Sekretärs Marcelli Nowotko an Georgi Dimitrov, 29.7.1942.

spirativen Unabhängigkeitsbewegung die Parole aus, Nationale Kampfkomitees (*Narodowy Komitet Walki*, NKW) zu gründen. Die Komitees sollten in einzelnen Dörfern, Gemeinden und Landkreisen entstehen, um den bewaffneten Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht zu organisieren. Gemäß der kommunistischen Dialektik bedeutete dies, dass man angesichts der offensichtlich unrealistischen „Volksfront von oben“ (durch Verständigung mit polnischen konspirativen Organisationen) fortan eine „Volksfront von unten“ bilden sollte. Dieses Konzept beinhaltete eine deutlichere Akzentuierung revolutionärer Lösungen. Daher riefen die Kommunisten zu einer Politik der „verbrannten Erde“ gegenüber den polnischen Landgütern auf, die jahrhundertelang Bastionen des Patriotismus gewesen waren und seit Kriegsausbruch 1939 als wichtige Bindeglieder beziehungsweise Versorgungsbasen der konspirativen Unabhängigkeitsbewegung gedient hatten:

„Zerstört das tote und lebende Inventar des Feindes auf den Gutshöfen und legt deren Kuh- und Schweineställe in Brand! Kümmert Euch nicht darum, ob die herrschaftlichen Landgüter gerettet werden! Überlasst diesen Kummer den bösen Großgrundbesitzern, die für die Rettung ihres Rechts auf Faulheit bereit sind, das Leben der ganzen Nation zu verspekulieren! Sie haben bereits Millionen polnischer Existenzen durch ihre Machenschaften mit Hitler verspekuliert.“<sup>36</sup>

Die angestrebte Bildung von NKWs brachte den Kommunisten jedoch keinen Nutzen. Denn während das PPR-Zentralkomitee sich als Führungs-gremium einer seriösen, patriotischen polnischen Widerstandsorganisation präsentieren und nach Möglichkeiten der Verständigung mit der konspirativen Unabhängigkeitsbewegung suchen konnte, glich die angestrebte Errichtung eines NKW-Netzwerks angesichts des fehlenden politischen Einflusses vor Ort eher einem ideologischen Hirngespinst. Im Herbst 1942 informierte die PPR-Spitze die Moskauer Zentrale über das Fiasko der bisherigen Bemühungen, wobei man die angeblich eskalierende antisowjetische Propaganda in Polen offiziell für das Scheitern verantwortlich mache und den Kreml um Erlaubnis für taktische Veränderungen bat:

„Alle Parteien [...] haben in jüngster Zeit ihre Attacken auf die UdSSR verstärkt. [...] Man beschreibt die Sowjetunion offen als Feind Nummer 2. Keine einzige bürgerliche Partei ruft zum Kampf gegen die Besatzer auf. [...] Vor dem Hintergrund der verstärkten Angriffe auf die UdSSR halten wir ein schärferes Auftreten für notwendig, wobei das Leitmotto – die Einheitsfront im

---

<sup>36</sup> AAN, Fond PPR 190/I-1, Bl. 5. Aufruf „Do wszystkich polskich chłopów i robotników rolnych!“.

Kampf gegen die Besatzer – natürlich erhalten bleiben soll. Wir bitten um eure Meinung in dieser Angelegenheit.“<sup>37</sup>

Da die PPR sich völlig den damals geltenden taktischen Vorgaben aus Moskau unterordnete, konnte jedoch von der Zustimmung zu einer generellen Verschärfung der Parteilinie keine Rede sein. Einen diesbezüglichen Wandel leitete erst die politische Entwicklung des Frühjahrs 1943 ein.

#### 4. Die PPR im okkupierten Polen. Phase II (April 1943 – Januar 1945)

Mitte April 1943 gab die NS-Propaganda die vom NKVD im Frühjahr 1940 in Katyń begangenen Massenmorde an Tausenden von polnischen Offizieren offiziell bekannt. Der Kreml bestritt die Täterschaft und klagte stattdessen das NS-Regime des Verbrechens an. Die von polnischer Seite unternommenen Bemühungen um Aufklärung dienten den Machthabern in Moskau als willkommener Vorwand, die diplomatischen Beziehungen mit der polnischen Exilregierung abzubrechen, zu denen sich die UdSSR aufgrund der schwierigen politischen und militärischen Lage im Sommer 1941 gezwungen gesehen hatte. Die Sikorski-Regierung wurde von der sowjetischen Führung sogar der Kollaboration mit dem Dritten Reich beschuldigt.<sup>38</sup>

Der Tonfall der PPR-Propaganda war in dieser Frage mit den offiziellen Verlautbarungen des Kremls identisch. So stempelte das Parteimanifest vom 1. Mai 1943 diejenigen Menschen, die den sowjetischen Staat für den Massenmord von Katyń verantwortlich machten, zu Agenten Hitlers ab:

„Die massakrierten Leiber der polnischen Offiziere bei Smolensk sind das Werk der Hitlerschen Bestie! [...] „Delegationen“, „Schmierblätter“ [Szmatławce]<sup>39</sup> und Szczekaczki<sup>40</sup> werden den Provokateuren Hitlers nichts helfen.“

<sup>37</sup> AAN, Fond PPR 190/I-13, Bl. 23 f. Depesche von Marcelli Nowotko an Georgi Dimitrov, 11.9.1942.

<sup>38</sup> Die Machthaber in Moskau hatten sich bereits seit einiger Zeit zunehmend feindseliger gegenüber der Londoner Exilregierung und deren Außenvertretungen auf sowjetischem Boden verhalten. Der Kreml gab dabei immer deutlicher zu verstehen, dass er die durch die territorialen Eroberungen der Jahre 1939–1940 erreichte Ausdehnung der sowjetischen Westgrenze als unantastbar betrachtete. Aus dem Blickwinkel seiner stärkeren außenpolitischen Position zu Jahresbeginn 1943 (nach der Schlacht von Stalingrad) hielt der Kreml die offiziellen Beziehungen der Alliierten zu Polen damals für das größte Hindernis bei der „Lösung der polnischen Frage“, die man mit Hilfe einer Politik der vollendeten Tatsachen zu erreichen gedachte.

<sup>39</sup> Landläufiger verächtlicher Name für polnischsprachige NS-Zeitungen.

<sup>40</sup> Gängige pejorative Bezeichnung für die von der NS-Besatzungsmacht in den polnischen Städten eingesetzten Straßenlautsprecher zur Verbreitung von Propagandasendungen.

Auch die widerlichen Angriffe reaktionärer Sanacja- und ONR-Blätter<sup>41</sup> werden nichts bringen. Voller Abscheu brandmarkt die polnische Gesellschaft alle Arten von NS-Agenten. Der ganze Hass und der Wunsch nach blutiger, verdienter Rache richtet sich gegen die Hitlerschen Henkersknechte.“<sup>42</sup>

Durch den Abbruch der polnisch-sowjetischen Beziehungen und den politischen Kurswechsel des Kreml gegenüber Polen änderte sich auch der Tonfall der PPR-Propaganda. Seit dem Frühjahr 1943 kam es daher zu scharfen Attacken der einheimischen kommunistischen Presse gegen die Londoner Exilregierung, wobei man sich der aus Moskau vorgegebenen „Argumente“ bediente. Um ihre Autorität und den Einfluss auf die Bevölkerung in der Heimat zu schwächen, diffamierte man die Repräsentanten der Exilregierung als „Reaktionäre“, „Faschisten“ und NS-Kollaboratoren, die zum Schaden der polnischen Gesellschaft handelten:

„Die jüngsten Ereignisse kompromittieren die Sikorski-Regierung und demaskieren die Reaktion. Sogar angesichts der tödlichen Bedrohung der Vernichtung durch die Besatzer denkt die Reaktion nur an sich. Sie möchte lieber gemeinsam mit ihren Klassenprivilegien untergehen, als auf gleicher Augenhöhe mit der freien Nation leben. Versuche einer Wiederherstellung des Faschismus werden die Reaktion nicht retten. Sie könnten Polen vielmehr ganz ins Verderben stürzen. Doch das hinterhältige Spiel zur Wiedererweckung des Faschismus in Polen wird nicht gelingen.“<sup>43</sup>

Die grundlegende Kehrtwende der kommunistischen Propaganda wurde von der einheimischen Presse unverzüglich zur Kenntnis genommen. Der „Biuletyn Informacyjny“ bezog wie folgt Stellung:

„Die PPR ändert ihre Parolen und Arbeitsmethoden gemäß den Parolen und Arbeitsmethoden der sowjetischen Regierung. Egal, ob es um internationale Politik oder polnische Angelegenheiten geht (Katyń, Schicksal der Polen in Russland [...], Verhältnis zu [...] General Sikorski, Regierung, Oberbefehlshaber der Armee und Grenzfragen usw.) – die PPR gibt wortwörtlich die Argumente der sowjetischen Propaganda wieder, obwohl die sowjetische Regierung eine äußerst feindselige Haltung gegenüber Polen eingenommen hat – auch wenn dies für jedermann ganz offensichtliche Lügen sind.“<sup>44</sup>

<sup>41</sup> ONR – das rechtsextreme, antisemitische Nationalradikale Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny*) in Polen, das im Mai 1934 als Partei gegründet, aber zwei Monate später infolge des Attentats auf Innenminister Bronisław Pieracki offiziell verboten wurde. Nach dem Tod von Marschall Józef Piłsudski im Mai 1935 splittete sich das ONR in zwei größere Fraktionen auf – ONR-ABC und ONR-Falanga. Aus dem ONR-ABC bildete sich im September 1942 die Untergrundarmee der NSZ, die sowohl gegen die NS-Besatzungsmacht als auch gegen die Volksarmee und die polnischen Kommunisten kämpften.

<sup>42</sup> GONTARCZYK, Partia, S. 224.

<sup>43</sup> „Klęska reakcji“, in: Trybuna Wolności, Nr. 32 v. 15.5.1943.

<sup>44</sup> „PPR – sowiecka agentura“, in: Biuletyn Informacyjny, Nr. 49 v. 9.12.1943.

Den Machthabern des polnischen Untergrundstaates und den AK-Kommandanten unterstellte man eine „antisowjetische“ Grundhaltung und bezeichnete sie als „reaktionäre“ oder „faschistische Clique“. Darüber hinaus wurden sie als „faschistische Kriechtiere und Lurche im polnischen Volk“ oder als „niederträchtige Schufte“ und „reaktionärer Schorf am Leib der Nation“ beschimpft. Bereits 1944 drohte man den Entscheidungsträgern des Untergrundstaates mit einer Generalabrechnung nach Kriegsende, wobei auch die Todesstrafe nicht ausgeschlossen wurde: „Gemäß den in Polen geltenden Rechtsvorschriften werden der AK-Kommendant [General Tadeusz Komorowski] und der Delegierte der Exilregierung [...] vor Gericht gestellt werden. [...] Die Schuldigen kommen vor Gericht!“<sup>45</sup>

Die brutale Hetzkampagne bildete nur ein Kampfinstrument unter vielen, das die PPR gegen das Freiheitsstreben der polnischen Konspiration aufzubieten hatte. Der auf das NS-Regime angesetzte Nachrichtendienst der Kommunisten kam daher nur sporadisch zum Einsatz. Das Hauptinteresse von PPR und NKVD richtete sich vielmehr auf die politischen Entscheidungsträger des Untergrundstaates und die Angehörigen der AK, deren Identifizierung nach dem Einmarsch der Roten Armee durch die Tätigkeit von Sicherheitsamt<sup>46</sup> und NKVD erleichtert wurde. Führende PPR-Mitglieder denunzierten die ihnen bekannten Aktivisten der konspirativen Unabhängigkeitsbewegung bei der Gestapo und verrieten die Orte konspirativer Zusammenkünfte und die Adressen von Druckereien.

Aufgrund der spezifischen Vielfalt der PPR-Aktivitäten kann man jedoch kaum konkrete Aussagen über das genaue Ausmaß der dabei entstandenen Verluste auf polnischer Seite treffen. Diesbezügliche Verlautbarungen der polnischen Untergrundpresse waren jedenfalls keine Seltenheit. Heute weiß man aus einschlägigen Quellen kommunistischer Provenienz, dass derartige Aktivitäten vom PPR-Zentralkomitee eher als Routineität betrachtet wurden. Infolge unglücklicher Begleitumstände bewirkte eine im Februar 1944 an die Gestapo übermittelte Anzeige der polnischen Kommunisten letztlich sogar die Liquidierung einer parteieigenen Druckerei.<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> „Die Verantwortlichen der Verbrechen vor's Gericht!“, *Głos Warszawy*, Nr. 57 v. 25.7.1944.

<sup>46</sup> Das Sicherheitsamt (*Urząd Bezpieczeństwa*, UB) war ab 1945 innerhalb der polnischen Geheimpolizei für Nachrichtendienst und Gegenspionage zuständig (Anm. d. Hg.).

<sup>47</sup> Zur Enttarnung der PPR-Druckerei kam es im Februar 1944. Die von den Kommunisten denunzierten Arbeiter einer Warschauer Druckerei der unabhängigen Untergrundpresse leisteten den eintreffenden Gestapo-Beamten zunächst Widerstand und zogen sich anschließend durch ein eigens vorbereitetes Mauerloch auf ein benachbartes Anwesen zurück. Bei der darauffolgenden Durchsuchungsaktion stieß die Gestapo in einer Privatwohnung auf die besagte PPR-Druckerei und nahm die dort befindlichen Personen fest:

Vor dem Hintergrund der näherrückenden Ostfront und der sich abzeichnenden Entscheidungen über das weitere Schicksal Polens verstärkten die polnischen Kommunisten ihre politischen und propagandistischen Aktivitäten, die auf mehreren Säulen beruhten:

- ideelle Zersplitterung der insgesamt homogenen Haltung der polnischen Gesellschaft gegenüber den eigenen Machthabern in der Heimat und im Exil sowie Pluralität der polnischen Kriegsziele;
- „Auflockerung“ der antikommunistischen beziehungsweise antisowjetischen Grundstimmung in der polnischen Bevölkerung, um deren Widerstandswillen beim Einmarsch der Roten Armee zu schwächen;
- Popularisierung der sowjetischen Staatsverfassung und Politik, wobei die Überzeugung verbreitet werden sollte, dass die Rote Armee den Polen die Befreiung vom NS-Joch bringen werde;
- Radikalisierung der Stimmung in der polnischen Bevölkerung, die zugleich auf näherhin nicht präzisierte, tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen vorbereitet werden sollte.

Die Propaganda der PPR diente also weder der Unabhängigkeit des Heimatlandes noch dem Kampf gegen die deutschen Besatzer. Die offiziellen Parolen gegen das NS-Regime bildeten vielmehr ein wichtiges Werkzeug zur Realisierung der eigentlichen Aufgaben der PPR, die in der Schwächung der polnischen Widerstandsbewegung und in der Schaffung eines geeigneten Nährbodens für die vom Kreml in Polen geplante Neuordnung bestanden.

Ein Element dieser Strategie war die Einberufung des Nationalen Volksrates (*Krajowa Rada Narodowa*, KRN) am 31. Dezember 1943. Die KRN sollte ein Vertretungsorgan verschiedenster politischer Meinungsspektren – gewissermaßen ein Untergrundparlament – darstellen, das in Konkurrenz zu den legitimen Machthabern des polnischen Untergrundstaates stand. In Wirklichkeit besaß dieses Gremium jedoch überhaupt keine gesellschaftliche Unterstützung, so dass die Mitglieder der KRN eigentlich niemanden repräsentierten, sondern sich vielmehr unter den falschen Deckmantel der PPR stellten. Die polnischen Kommunisten versuchten die „gesellschaftliche Basis“ der KRN vor allem mit Vertretern der sozialistischen Bewegung und der SL zu „erweitern“. Dabei bediente man sich einerseits der Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten (*Robotnicza Partia Polskich Socjalistów*, RPPS), an deren Spitze angeblich Edward Osóbka-Morawski stand. Laut Mitteilungen der RPPS war dieser Aktivist jedoch schon zu einem früheren Zeitpunkt aus der Partei entfernt worden. Seine Gruppierung verfügte jedenfalls über keine eigene Mitgliederbasis und war auch nicht

imstande, die offiziell von der RPPS, aber insgeheim von der PPR gedruckten Propagandaschriften unter der Bevölkerung zu verteilen.

Die polnischen Kommunisten trafen ferner breit angelegte Maßnahmen gegen die SL. Denn aufgrund der wichtigen Rolle der SL in der Londoner Exilregierung und der Regierungsdelegatur in der Heimat hätte allein schon die Zusammenarbeit der KRN mit Teilen der SL wohl erhebliche politische Folgen gehabt. Dennoch blieben die intensiven Versuche der PPR-Propaganda, die SL-Mitglieder davon zu überzeugen, dass ihre „reaktionäre Führung nicht die Interessen der Volksmassen vertrete“, ohne größeren Erfolg. Die SL legte gegenüber der PPR stattdessen eine äußerst feindselige Haltung an den Tag, so dass von einer beiderseitigen Kooperation beziehungsweise inneren Zersplitterung der SL keine Rede sein konnte.

Als sämtliche Bemühungen der Propaganda ergebnislos im Sande verließen, griffen die polnischen Kommunisten nach anderen Methoden. So begann man im Februar 1944 mit der Herausgabe einer kleinen Zeitung unter dem Titel „Wola Ludu“ (Volkswille). In seiner ersten Ausgabe berichtete das Blatt über eine von der SL kurz zuvor durchgeföhrte Mitgliederversammlung, die angeblich eine neue Parteiführung gewählt und dabei eine grundsätzliche Neuorientierung der bisherigen Parteipolitik vorgenommen habe, um fortan die KRN zu unterstützen.<sup>48</sup>

Das Täuschungsmanöver sollte in den Reihen der SL gehörige Verwirrung stiften. Dennoch führte es abgesehen von zunehmender Feindseligkeit gegenüber dem Auftreten der PPR nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Aus diesen Gründen wies der kommunistische Widerstand in Polen bis Kriegsende nie mehr als 3.000 bis 5.000 Mitglieder auf und bildete damit eine absolute Randerscheinung innerhalb der polnischen Gesellschaft.<sup>49</sup> Auch die von der PPR gegründete KRN stieß auf breite Ablehnung in der Bevölkerung, wobei man immer häufiger über deren operettenhaften Charakter zu scherzen pflegte. Entsprechend nüchtern fiel auch das Resümee der kommunistischen „Trybuna Wolności“ (Tribüne der Freiheit) über die von der KRN getroffenen Maßnahmen zur „Erweiterung der Basis“ aus: „Ein bedeutender Teil der demokratischen Gruppierungen hat es unter dem Druck der Reaktion nicht gewagt, die Diskussion aufzunehmen – die ein-

---

<sup>48</sup> „Odezwa Zjazdu Delegatów Stronnictwa Ludowego“, in: Wola Ludu, Nr. 1, April 1944.

<sup>49</sup> In zahlreichen populärwissenschaftlichen Abhandlungen aus der Ära der Volksrepublik Polen finden sich Schilderungen, denen zufolge die PPR und ihre Kampfverbände im Jahre 1944 sogar über 100.000 Mitglieder zählten. Hinter diesen Angaben steht jedoch eindeutig der Versuch einer propagandistischen Täuschung.

zige Antwort, die wir auf unsere Argumente zu hören bekamen, war die, dass wir ein ‚Spionagenetz‘ seien.“<sup>50</sup>

Nichtsdestotrotz machte sich der Kreml bei der Etablierung der kommunistischen Herrschaft in Polen im Sommer 1944 die von der PPR initiierte Gründung der KRN zu Nutze.<sup>51</sup> Da sich Stalin darüber im Klaren war, dass eine allzu frühe Enthüllung der wahren Ziele und Methoden der sowjetischen Außenpolitik die weitere Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten nur erschweren würde, verzichtete er bewusst auf die offizielle Einsetzung einer ihm treu ergebenen Regierung in Polen. Durch die offizielle Anerkennung der KRN und des angeblich von diesem Gremium (in Wirklichkeit von Stalin) in Lublin einberufenen Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*, PKWN) tat der sowjetische Diktator in den Augen der Weltöffentlichkeit so, als ob er die inneren Angelegenheiten Polens unberührt lassen wolle. Diese Strategie kam in einem Brief Stalins an den britischen Premierminister Churchill klar zum Ausdruck:

„Wir wollen und werden keine eigene Staatsverwaltung auf polnischem Boden errichten, da wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen möchten. [...] Daher hielten wir es für notwendig, Kontakt mit dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung aufzunehmen, das unlängst von der KRN Polens gebildet wurde, die sich Ende letzten Jahres in Warschau aus Vertretern demokratischer Parteien und Gruppierungen konstituiert hat.“<sup>52</sup>

Die ganze Angelegenheit war natürlich eine bewusste propagandistische Irreführung, da die KRN überhaupt keine politische Basis besaß und ihre Mitglieder von der Gründung des PKWN erst durch eine Radiosendung erfuhren. Bis zum Ausbruch des Warschauer Aufstandes am 1. August 1944<sup>53</sup> betrieb die PPR eine breitangelegte Propagandaaktion, um die

<sup>50</sup> „Nasze stanowisko“, in: Trybuna Wolności, Nr. 59 v. 1.7.1944.

<sup>51</sup> Die Einberufung der KRN wird von Teilen der Forschung als eigenständige Aktion der PPR, ja sogar als Beweis für deren unabhängige Politik angesehen. In Wirklichkeit fragte die Parteiführung jedoch zunächst die Moskauer Zentrale über Funk um Erlaubnis für die Gründung der KRN. Infolge eines Missverständnisses und der späteren Unterbrechung der Funkverbindung herrschte im Zentralkomitee der PPR rasch die Überzeugung, diese Erlaubnis erhalten zu haben. Denn die PPR-Spitze hätte ohne vorherige Zustimmung übergeordneter Stellen im Kreml keine wesentlichen politischen Schritte unternommen.

<sup>52</sup> Brief Stalins an Churchill v. 23.7.1944, in: Korespondencja przewodniczącego Rady Ministrów ZSRR z prezydentem Stanów Zjednoczonych i premierem Wielkiej Brytanii w okresie Wielkiej Wojny Narodowej 1941–1945. Bd. 2, bearb. v. ANATOLIJ GROMYKO, Warszawa 1960, S. 147.

<sup>53</sup> Die kommunistische Konspiration in Polen löste sich mit Beginn des Warschauer Aufstandes als geschlossene Formation größtenteils auf. Fragile PPR-Strukturen und kommunistische Partisaneneinheiten existierten fortan nur noch in den Gebieten östlich der

Bevölkerung mit den „neuen polnischen demokratischen Machthabern in Lublin“ bekannt zu machen. Der PKWN fungierte zwangsläufig als geheimes Sprachrohr der auf Polen bezogenen sowjetischen Propaganda.

Ein weiteres Problem stellte das gegen Kriegsende zunehmend aggressivere Auftreten der kommunistischen Partisanenverbände dar. Denn im Laufe des Jahres 1944 entwickelten sich die AL mit Unterstützung von auf dem Luftweg aus der UdSSR eingeschleusten Truppen und Waffen zu einem nicht zu unterschätzenden Machtfaktor in Polen – vor allem in den Regionen Lublin und Kielce. Die Unterbrechung der deutschen Versorgungslinien war damals für Moskau bereits weniger bedeutsam. Dagegen widmeten die Machthaber im Kreml dem polnischen Staat als künftigem Eroberungsobjekt große Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund illustriert eine Denkschrift des Chefs der sowjetischen Partisanenbewegung, General Pantalejmon Ponomarenko, die damaligen Ziele der kommunistischen Partisanen in markanter Weise. Denn in diesem für die sowjetische Führung Anfang 1943 erstellten Dokument werden die Aktivitäten der politischen Entscheidungsträger Polens in einen unauflösbar Widerspruch zu den Interessen der UdSSR gestellt. Dabei kam insbesondere die Befürchtung zum Ausdruck, dass die polnische Bevölkerung beim Einmarsch der Roten Armee und der Etablierung einer kommunistischen Staatsgewalt aktiven Widerstand leisten könnte:

„Die Menschenreserven in Polen dürften recht solide sein. [...] Im Interesse des Staates müssen wir gewisse notwendige Schritte unternehmen. [...] In Polen muss man unbedingt einen Partisanenkrieg entfachen. Denn abgesehen vom militärischen Effekt wird dieser Krieg die gewünschte Verausgabung der polnischen Bevölkerung im Kampf mit den deutschen Besatzern mit sich bringen und bewirken, dass die Kräfte der Polen nachlassen. [...] Die antideutsche Stimmung unter der polnischen Bevölkerung auf dem Territorium Polens muss ausgenutzt werden, wobei dort ein Partisanenkrieg vom Zaun zu brechen ist.“<sup>54</sup>

Die kommunistischen Partisanen dienten dem Kreml als willkommenes Werkzeug zur Schwächung und Verwüstung Polens noch vor der endgültigen Machtübernahme durch die UdSSR. Genau diese Lageeinschätzung war für das Auftreten der GL beziehungsweise AL höchst charakteristisch. Die Erfolge der polnischen Kommunisten im Kampf gegen die NS-Besatzungsmacht blieben stark beschränkt, während die einheimische Bevölke-

---

Weichsel – bis zum Einmarsch der Roten Armee im Rahmen der sowjetischen Winteroffensive vom Januar 1945.

<sup>54</sup> IVAN BILAS, Represyvno-karal’na sistema v Ukrayini 1917–1953, Bd. 1, Kyiv 1994, S. 360 f.; BOGDAN MUSIAŁ, Memoriał Pantelejmona Ponomarienki z 20 stycznia 1943 r. „O zachowaniu się Polaków i niektórych naszych zadaniach“, in: Pamięć i Sprawiedliwość, 2006, H.1, S. 379–385.

rung die größten Verluste zu tragen hatte. Dabei häuften sich Angriffe auf polnische Landgüter und Pfarrhäuser. Ferner raubte man Waffenlager der konspirativen Unabhängigkeitsbewegung aus und schreckte auch vor politischen Mordaktionen nicht zurück. Entsprechende Gegenmaßnahmen seitens der Regierungsdelegatur und des AK-Oberkommandos blieben aus, da man einen Bürgerkrieg im Lande unbedingt vermeiden und die politischen Rädelshörer der PPR in Moskau nicht unnötig reizen wollte. Auf diese Weise konnte sich der kommunistische Widerstand in Polen ungehindert entfalten, wobei seine Kampfverbände mit zunehmender Offenheit und Brutalität agierten.

Die Ermordung von Aktivisten des polnischen Untergrundstaates wurde durch entsprechende Befehle der AL-Führung ausdrücklich sanktioniert. Im Frühjahr 1944 wurde zum Beispiel folgende Anweisung erteilt: „Bei der Liquidierung der deutschen Spitzel und reaktionären Banditen ist daran zu denken, diese weit außerhalb der Dörfer auszuführen. Am besten im Wald, wobei keine Spuren hinterlassen werden dürfen.“<sup>55</sup> Infolge der übermäßig Nachsichtigkeit gegenüber den rücksichtslosen und waghalsigen Aktivitäten der AL gelang den kommunistischen Partisanen in der Region Lublin die Zerschlagung mehrerer Truppeneinheiten der AK.<sup>56</sup>

Die wachsende Kriminalität und Anarchie im Lande führten zu immer mehr Opfern. Aus den kommunistischen Kampfverbänden erwuchsen zahlreiche Aktivisten des späteren staatlichen Terrorapparats der Volksrepublik Polen, die bei ihren Einsätzen die jeweiligen Verhältnisse vor Ort bereits gut kannten. Abgesehen davon hielt auch die Enttarnung der Anhänger der konspirativen Unabhängigkeitsbewegung weiter an, was den vom Kreml nach dem Einmarsch der Roten Armee im Januar 1945 angeordneten Massenverhaftungen den Weg ebnete.

## 5. Resümee

Die PPR entstand auf Anordnung Stalins. Der sowjetische Diktator entwarf nicht nur deren Tätigkeitsprofil, sondern erfand auch den Parteinamen selbst. Die neue, vom Kreml gelenkte und seinen Interessen völlig untergeordnete Partei spiegelte nicht die Anschauungen einer bedeutenden politischen Gruppierung Polens wider, sondern war Ergebnis einer vom sowjetischen Staats- und Parteiapparat unter pseudopatriotischem Deckmantel

---

<sup>55</sup> GONTARCZYK, Partia, S. 19.

<sup>56</sup> Am 5.5.1944 attackierten polnische Kommunisten im Dorf Owczarnia bei Lublin ein von Oberleutnant Mieczysław Zieliński geführtes, 47-köpfiges AK-Kommando. Bei diesem Angriff wurde mehr als die Hälfte der Truppe getötet oder verletzt.

durchgeführten strategischen Operation. Die Aktivitäten der kommunistischen Konspiration in Polen nahmen nie den Charakter eines nationalen Unabhängigkeitskampfes gegen das NS-Regime an. Die katastrophale Lage an den Kriegsfronten im Osten Europas führte letztlich dazu, dass Stalin bereits Mitte 1941 die Entscheidung zur Gründung der PPR fällte.

Das Hauptziel des kommunistischen Untergrundes bestand darin, einen bewaffneten Massenaufstand in Polen zu entfachen oder zumindest die deutschen Versorgungslinien erheblich zu stören. Im Blick auf das damalige Schicksal Jugoslawiens, das trotz seiner strategischen Randlage und minimaler Zerstörungen unter der NS-Okkupation dennoch außerordentlich hohe Kriegsverluste erlitt, waren die Konsequenzen der PPR-Gründung für die polnische Gesellschaft leicht absehbar. Seit 1943 dienten die kommunistischen Partisanenverbände der sowjetischen Führung als Werkzeug zur Vernichtung der polnischen Bevölkerung, um jeglichen Widerstand beim späteren Einmarsch der Roten Armee möglichst im Keim zu ersticken.

Der kommunistische Untergrund in Polen blieb bis Kriegsende eher eine marginale Randerscheinung und konnte den vom Kreml erhofften Volksaufstand nicht entfachen. Das größte Hindernis bildete dabei der breite gesellschaftliche Aktionsradius der konspirativen Unabhängigkeitsbewegung. Außerdem fehlte ein entsprechendes politisches Vakuum, in das die Gründerväter der PPR hätten stoßen können. Denn die patriotischen, aktiven Kreise der polnischen Bevölkerung wurden von der Unabhängigkeitsbewegung bereits weitgehend „in Anspruch genommen“. Die Untergrundpresse erinnerte unentwegt an die polnischen Kriegsziele und an Werte wie Demokratie und nationale Unabhängigkeit, wobei stets auf die enorme Bedrohung Polens durch Kommunismus und Nationalsozialismus hingewiesen wurde. Vor diesem Hintergrund hielt der aktivere Teil der polnischen Gesellschaft die PPR für eine eindeutig kommunistische und prosowjetische Partei. Der von den PPR-Aktivisten angestrebte Aufbau zahlreicher eigener Kampfverbände erwies sich letztlich als unmöglich. Zum Scheitern verurteilt war auch die geplante Bildung einer „antifaschistischen Volksfront“, die der PPR größeres politisches Gewicht verschaffen sollte. Den polnischen Kommunisten kam während des gesamten Krieges lediglich eine politische Randbedeutung zu, da sie in den Augen der Bevölkerung ein sowjetisches Spionagenetz verkörperten.

Funktion und Rolle der kommunistischen Konspiration im besetzten Polen unterlagen einem mehrfachen Bedeutungswandel. Denn während die PPR anfangs vor allem die militärischen Anstrengungen der UdSSR an der Ostfront unterstützen sollte, spielte sie seit Frühjahr 1943 in den Plänen des Kreml eine zunehmend politisch akzentuierte Rolle. Ihre vielfältigen Parteiaktivitäten (Organisation, Propaganda und bewaffneter Kampf) richteten sich unmittelbar gegen die konspirative Unabhängigkeitsbewegung und

sollten den Nährboden für die von Stalin vorgesehene neue sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung bereiten. Natürlich waren sich nicht alle Mitglieder von PPR, GL und AL über das wahre Antlitz der PPR im Klaren. Seit 1944 ließen sich insbesondere junge Menschen von den patriotischen Parolen in die kommunistischen Partisanenverbände locken. Einige unter ihnen kehrten vor dem Hintergrund des zunehmenden staatlichen Drucks auf die Landwirtschaft und der Kollektivierungsbestrebungen in die Wälder des Untergrunds zurück, um fortan gegen die Kommunisten zu kämpfen. Das mangelnde Unrechtsbewusstsein zahlreicher gewöhnlicher Mitglieder der GL beziehungsweise der AL kann jedoch nicht das entscheidende Grundkriterium für die Bewertung der historischen Rolle der PPR im Zweiten Weltkrieg sein.

In der Forschung wird mitunter die Ansicht vertreten, dass die PPR den „linken Flügel“ der polnischen Untergrundbewegung verkörpert habe beziehungsweise ein Teil der „Widerstandsbewegung gegen Hitler“ gewesen sei. Dagegen bleibt festzuhalten, dass es wohl zweitrangig ist, gegen wen man offiziell auftritt (z. B. gegen die NS-Besatzungsmacht). Viel entscheidender ist es, für was und für welche Sache man tatsächlich kämpft. So gesehen hatte die PPR mit Polens Kampf um seine nationale Unabhängigkeit gegen zwei mächtige Nachbarstaaten und ihre totalitären, verbrecherischen Herrschaftssysteme sicherlich nichts gemein. Denn die polnischen Kommunisten handelten letztlich im Auftrag Stalins und ausschließlich zugunsten der sowjetischen Besatzungsmacht, in deren Interesse sie die konspirativen Organisationen der Unabhängigkeitsbewegung mit allen nur erdenklichen Mitteln (Einsatz von Propaganda und Kampfverbänden sowie Denunzierung bei der Gestapo) bekämpften.

Die Tätigkeit des kommunistischen Widerstandes stieß in führenden Kreisen des polnischen Untergrundstaates eher auf Geringsschätzung und Verachtung. Daher wurde abgesehen von Propagandamaßnahmen keine einzige bedeutende antikommunistische Aktion durchgeführt. Diese Vorgehensweise resultierte vor allem aus einem bestimmten Niveau der politischen Kultur, das die Anwendung von Waffengewalt in der politischen Diskussion generell ausschloss. Hinzu kam die Furcht vor einer eventuellen internationalen Gegenreaktion seitens der Auftraggeber der PPR im Kreml – des „Bundesgenossen unserer Bundesgenossen“.

Natürlich hätte die vorzeitige Zerschlagung des kommunistischen Untergrundes das bereits vorgezeichnete zukünftige Schicksal Polens nicht wesentlich verändert. Dennoch wäre dadurch die Etablierung der neuen sowjetischen Herrschaftsordnung mit Sicherheit viel schwieriger geworden. Darüber hinaus wären zahlreiche Menschen gerettet worden – darunter Soldaten und einfache Bürger, die von den Partisanenverbänden der PPR getötet wurden, aber auch die von den Kommunisten während der Besat-

zung enttarnten und nach dem Einmarsch der Roten Armee massenweise verhafteten Personen. Auf der Kommandoebene des Untergrundstaates herrschte jedoch die feste Überzeugung, dass die polnische Gesellschaft mit dem „kommunistischen Krebsgeschwür“ im Dienste Stalins nach Kriegsende leicht fertig werden würde. Niemand hätte zu denken gewagt, dass es ganz anders kommen sollte.